

# **Satzung der Wählervereinigung „Bremer Dialog - Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen“**

## **§ 1 Name, Sitz, Tätigkeitsbereich, Geschäftsjahr**

- (1) Die Wählervereinigung trägt den Namen „Bremer Dialog - Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen“. Die Kurzbezeichnung lautet: „Dialog Grundeinkommen“.
- (2) Sie hat ihren Sitz in Bremen.
- (3) Tätigkeitsbereich ist die Freie Hansestadt Bremen.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## **§ 2 Ziele und Aufgaben der Wählervereinigung**

- (1) Ziel und Aufgabe der Wählervereinigung „Bremer Dialog - Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen“ ist es, durch Tätigkeit auf kommunaler- und auf Landesebene das Wohl des Bürgers zu fördern; an der demokratischen Gestaltung des öffentlichen Lebens mitzuwirken und die Meinungs- und Willensbildung der Bürger zu fördern.
- (2) Die Wählervereinigung übt ihre Tätigkeit im Rahmen des Grundgesetzes aus und beruft sich hierbei ausdrücklich auf Artikel 1 des Grundgesetzes: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt". Die Wählervereinigung ist davon überzeugt, dass insbesondere die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu einem menschenwürdigen und freien Leben eines jeden Einzelnen beitrüge und setzt sich daher für das weitere *Bewegen der Idee im Dialog*, mit dem Ziel einer Umsetzung in der Realität, ein.

## **§ 3 Finanzierung und Mittelverwendung**

- (1) Die Wählervereinigung finanziert sich aus Spenden und Mitgliederbeiträgen.
- (2) Mittel dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.
- (3) Die Wählervereinigung ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln der Wählervereinigung.
- (4) Keine Person darf durch zweckfremde Ausgaben oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

## **§ 4 Mitgliedschaft**

- (1) Mitglied kann jede natürliche Person werden, die die Grundsätze sowie die Satzung der Wählervereinigung anerkennt.
- (2) Anträge auf Mitgliedschaft werden schriftlich an den Vorstand gerichtet. Er entscheidet über die Aufnahme und teilt seine Entscheidung den Antragstellern schriftlich oder per E-Mail mit.
- (3) Die Mitgliedschaft erlischt bei Austritt, Ausschluss (bei schweren Verstößen gegen die Vereinsinteressen, durch Beschluss der Mitgliederversammlung), oder Tod.
- (4) Der Austritt erfolgt gegenüber dem Vorstand schriftlich oder per E-Mail und ist jederzeit möglich. Ein Anspruch auf bereits bezahlte Beiträge besteht nicht.

## **§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

- (1) Jedes Mitglied hat die hat das Recht,
  - a) innerhalb der Wählervereinigung an der Willensbildung teilzunehmen
  - b) an den Mitgliederversammlungen, den Vorstandssitzungen und an der Aufstellung und der Wahl von Kandidaten teilzunehmen
  - c) sich selbst um eine Kandidatur zu bewerben
- (2) Jedes Mitglied hat die Pflicht,
  - a) die Arbeit der Wählervereinigung zu unterstützen
  - b) den Beschlüssen der Mitgliederversammlung nachzukommen
  - c) den von der Mitgliederversammlung festgesetzten Mitgliedsbeitrag zeitgerecht zu entrichten.

## **§ 6 Organe**

Organe der Wählervereinigung sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

## **§ 7 Mitgliederversammlung**

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der Wählervereinigung.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Kalenderjahr vom Vorstand schriftlich oder per E-Mail unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 14 Tagen einzuberufen.
- (3) Wenn es mindestens  $\frac{1}{4}$  der Mitglieder unter Angabe von Zweck und Gründen schriftlich oder per E-Mail verlangen, ist ebenfalls eine Mitgliederversammlung einzuberufen.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Sie fasst mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder Beschlüsse. Ausnahmen sind Beschlüsse über Satzungsänderung und Auflösung der Wählervereinigung, für die eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.
- (5) Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden protokolliert und von einem Vorstandsmitglied und dem Protokollführer unterschrieben.
- (6) Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich, sie kann Gäste zulassen.

## **§ 8 Aufgaben der Mitgliederversammlung**

Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören:

- (1) Bestimmen der Grundsätze, nach denen die Aufgaben und Ziele der Wählervereinigung erfüllt werden sollen.
- (2) die Bildung von Fachausschüssen für bestimmte Schwerpunktaufgaben.
- (3) Wahl und Abwahl des Vorstandes.
- (4) Beratung und Wahl der Kandidatenliste für die Bremer Bürgerschaft.
- (5) die Genehmigung der Jahresrechnung und der Entlastung des Vorstandes.
- (6) die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge.
- (7) Ausschluss von Mitgliedern bei Verstoß gegen die Vereinsinteressen.
- (8) Beschlüsse über Satzungsänderungen.
- (9) Beschluss über Auflösung der Wählervereinigung.

## **§ 9 Vorstand**

- (1) Der Vorstand leitet die Wählervereinigung.
- (2) Der Vorstand besteht aus der/dem Vorsitzenden, der/dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden, der/dem zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und der/dem KassenswartIn.
- (3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung in geheimen und getrennten Wahlgängen für die Dauer von 1 Jahr gewählt. Bei Stimmgleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmgleichheit entscheidet das Los.
- (4) Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtsperiode aus, ist eine Neuwahl in der turnusmäßig stattfindenden Mitgliederversammlung oder auf Antrag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung durchzuführen.
- (5) Der Vorstand übt seine Tätigkeit ehrenamtlich aus.
- (6) Beschlüsse des Vorstandes werden mit der einfachen Mehrheit gefasst. Bei Eilbedürftigkeit können Beschlüsse auch schriftlich, telefonisch oder per E-Mail gefasst werden.
- (7) Vorstandsbeschlüsse werden schriftlich festgehalten und von einem Vorstandsmitglied unterschrieben.

## **§ 10 Aufgaben des Vorstandes**

Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören:

- (1) Vorbereitung der Mitgliederversammlung.
- (2) Aufnahme von Mitgliedern
- (3) Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung.
- (4) Stellungnahme zu politischen Fragen.
- (5) Empfehlungen für die Aufstellung der Kandidatenliste für die Wahlen der Bremischen Bürgerschaft .
- (6) Koordinierung und Organisation der Wahlvorbereitungen.

- (7) Vorbereitung und Veröffentlichung von Entscheidungen und Beschlüssen, welche die politischen Belange und Erwartungen der Bürger des Landes Bremen betreffen.
- (8) Durchführung von werbewirksamen Maßnahmen im Sinne der Ziele der Wählervereinigung.

### **§ 11 Auflösung**

- (1) Durch Beschluss der Mitgliederversammlung kann die Auflösung der Wählervereinigung nach §7 Abs. 4 und §8 Abs. 9 mit einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
- (2) Das Vermögen der Wählervereinigung fällt bei Auflösung dem Nachfolger der Wählervereinigung oder im Falle des Nichtvorhandenseins eines Nachfolgers einem wohltätigen Zwecke zu.
- (3) Die Mitglieder der Unabhängigen Wählervereinigung haben im Falle der Auflösung keine Ansprüche auf das Vermögen.

### **§ 12 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit dem Tage der Gründung der Wählervereinigung und der Beschlussfassung durch die Gründungsversammlung in Kraft.

Bremen, den 08.03.2011